

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 24 (2004)
Heft: 46

Artikel: Auf dem Weg zur nationalkonservativen Hegemonie?
Autor: Hartmann, Hans
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-652042>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 28.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Auf dem Weg zur nationalkonservativen Hegemonie?

Machtverschiebungen im bürgerlichen Parteienblock – Geschichte und Perspektiven*

Der Pulverdampf vom 10. Dezember hat sich gelegt. Im Frühjahr 2004 wird nach 100 Tagen Rechtsregierung reihum „Bilanz“ gezogen – und man reibt sich die Augen: Die „bürgerliche Wende“ hat nicht stattgefunden.¹ Während die SP ihre Präsidentenwahl samt Orientierungsdebatte ohne Nebengeräusche inszeniert und die vereinigte Linke bei den Volksabstimmungen vom 8. Februar und bei verschiedenen kantonalen Wahlen triumphiert hat², stecken die bürgerlichen Parteien in Schwierigkeiten. Die FDP verstrickt sich in Lagerkämpfe und rennt von einer kommunikativen „Panne“ zur nächsten. Die schlingernde CVP sucht immer noch einen neuen Parteipräsidenten bzw. eine neue Parteipräsidentin. Sogar die SVP hat man schon aggressiver erlebt: Christoph Blocher bleibt als Bundesrat bisher blass, und seine Partei muss ihre neue Rolle zwischen Opposition und Regierung offensichtlich noch finden. Also alles halb so schlimm aus linker Sicht? Müssten die Linken inzwischen fast schon, wie der Tages-Anzeiger unlängst titelte, den Bundesrat Blocher „eigentlich lieben“?³

Rechtsrutsch oder Polarisierung?

Die Diskussionen um Christoph Blochers Leistungsausweis als Bundesrat mögen ein publizistisch dankbares Thema abgeben – zur Interpretation der politischen Bewegung, die ihn auf diesen Sessel gebracht hat, tragen sie nichts bei. Genau darum aber geht es in diesem Beitrag: Er soll beleuchten, ob der Vormarsch der Rechten – wie schon so oft behauptet – nun tatsächlich seinen Zenith erreicht hat. Ist der Umbau des Bürgerblocks weitgehend abgeschlossen, sind die rechten und rechtsbürgerlichen Kräfte in der SVP integriert und deren Wählerpotential „zu einem beträchtlichen Teil ausgeschöpft“, und kann man davon ausgehen, dass sich schweizweit ein „Trendwechsel“ anbahnt?⁴ Oder muss man damit rechnen, dass die Rechten von den neu eroberten Positionen aus erfolgreich weiter agieren können?

Die Antwort darauf hängt unter anderem davon ab, ob man die bisherige Entwicklung als „Polarisierung“ oder als „Rechtsrutsch“ der politischen Landschaft interpretiert. Auf den ersten Blick scheinen wenigstens die Resultate der Wahlnachbefragungen 2003⁵ keinen Anlass zum Alarmsismus zu geben. Von einem „Rechtsrutsch“ der WählerInnen kann demnach keine Rede sein. Im Gegenteil: Die Position der Wählenden hat sich in der Selbstwahrnehmung insgesamt leicht nach links verschoben. Trotzdem hat die SVP am meisten Stimmen zugelegt. Wie passt das zusammen?

Zwei Erklärungsansätze sind denkbar. Beide berücksichtigen, dass im wesentlichen die WechselwählerInnen von seiten der FDP und der CVP für

die Gewinne der SVP verantwortlich sind.⁶ Nach einer ersten Interpretation hat die SVP vor allem die rechten Flügel dieser Parteien beerbt und wird daher bald einen „Plafond“ erreichen. Die Resultate der WählerInnen-Nachbefragung unterstützen allerdings eher eine zweite These: Die SVP wird für immer mehr WählerInnen wählbar, die sich als politisch in der „Mitte“ stehend bezeichnen (vgl. *Tabelle*). Für diese ist die profilierte Rechts-Partei SVP (22 Prozent) inzwischen doppelt so attraktiv wie die SP (11 Prozent) und beinahe so attraktiv wie die CVP.⁷ Der Begriff der „Polarisierung“ beschreibt diese Entwicklung offensichtlich unzureichend. Plausibler ist die Interpretation, dass das politische Koordinatensystem der Wählenden sich insgesamt nach rechts verschoben hat.

Wähleranteile der SVP nach politischen Lagern (1995-2003)

Wahljahr	Links	Mitte	Rechts
1995	2%	12%	30%
1999	2%	14%	49%
2003	4%	22%	53%

Quellen: GfS-Forschungsinstitut (vgl. Anm. 5)

VerliererInnen dieser Rechtsverschiebung sind FDP und CVP. Sie haben es nicht geschafft, die wachsende rechte Dissidenz zu integrieren. Insbesondere die FDP hat seit Mitte der 90er Jahre im rechten Lager Stimmen verloren. Da sie sich gleichzeitig in der Mitte gut gehalten hat, hat das FDP-Elektorat (immer gemäss Selbsteinschätzung) die CVP inzwischen „links“ überholt. Die Wähleranteile der SP in den Blöcken sind praktisch gleich geblieben und so auch die durchschnittliche Selbstverortung auf der Links/Rechts-Achse. Allerdings sind die SP-WählerInnen 2003 von den Grünen deutlich links überholt worden.

Ein erstes Fazit lautet: Die Wahlergebnisse 2003 sind am besten als Überlagerung zweier Effekte zu verstehen: einer langfristigen Rechtsverschiebung der Wählerorientierung (die SVP jagt der FDP und der CVP WählerInnen ab) und einer eher kurzfristigen Polarisierung der Wählerpräferenzen (starke Mobilisierung der Linken, Demobilisierung der Mitte-WählerInnen).

Langfristige Entwicklung der Wählerpräferenzen

Das Ausmass des Rechtsrutsches wird erst in der Langfristperspektive sichtbar. Zu Übersichtszwecken lässt sich die Parteienlandschaft der Schweiz in drei Lager gruppieren: Parteien, welche die Regierung verkörpern oder sich grundsätzlich im Einklang mit der Regierungspolitik befinden (FDP, CVP, EVP, die Liberalen und der ehemalige LdU), Parteien des linken Dissenses (SP, Grüne und linke Kleinparteien); Parteien des rechten

Dissenses (SVP seit sich ihr Zürcher Flügel durchgesetzt hat, SD, EdU, Republikaner).

Für die Zeitperiode seit den Nationalratswahlen 1979, als die Zürcher SVP erstmals unter Christoph Blocher mit ihrem neuen „liberal-konservativen“ Programm antrat, bis zu den Wahlen 2003 lässt die Entwicklung der Wahlergebnisse nur einen Schluss zu: Die These von der „Polarisierung“ der politischen Landschaft ist irreführend. Vielmehr gewinnt die national-konservative Rechte laufend Wähleranteile auf Kosten der regierenden Bürgerlichen und der Mitte-Parteien.⁸ Diese machten im Jahr 1979 noch mehr als die Hälfte der Stimmen (*vgl. Grafik*), bei den Wahlen 2003 nur noch ein Drittel; die Rechte legte in demselben Zeitraum bei *jeder* Wahl zu, und zwar von 5 Prozent (bzw. 17 Prozent, wenn man die SVP aus Gründen der Vergleichbarkeit bereits dazu zählt) auf 32 Prozent; die Linke blieb an der 30-Prozent-Marke relativ stabil.



Der Rechtsrutsch fällt noch markanter aus, wenn man berücksichtigt, dass die WählerInnen der SVP bis Ende 70er Jahre klar dem regierenden Bürgertum und erst seit den 90er Jahren eindeutig der nationalkonservativen Rechten zuzurechnen sind. Eine neue Studie belegt zudem, dass die FDP und CVP seit 1990 insbesondere in den Fragen des EU-Beitritts, des Umweltschutzes, des Einflusses der Arbeitnehmer, des Mieterschutzes und in Flüchtlings- und Asylfragen in die Nähe der SVP gerückt sind: „Die politischen Lager haben sich in der Sachpolitik in den 1990er Jahren verfestigt, und der Graben zwischen den linken und den bürgerlichen Parteien ist eher grösser geworden.“ Dies lässt sich anhand der Selbsteinschätzung der Parteibasis (konkret: der Ortspartei-PräsidentInnen) belegen.⁹

Auflösung der historischen Bindungen und sozioprofessionelle Polarisierung

Der Vormarsch der SVP wurde entscheidend durch die Auflösung historisch gewachsener Bindungen begünstigt. Darauf hat Josef Lang bereits vor vier Jahren hingewiesen.¹⁰ Dieser Befund wird auch durch die GfS-Wahlnachbefragungen bestätigt: Nur noch 7 Prozent aller Wählenden entscheiden sich für eine Partei aufgrund der Zugehörigkeit zu gesellschaftlichen Gruppen, welche diese Partei vertritt. Die „modernste“ Partei ist diesbezüglich die SVP. Nur noch 4 Prozent ihrer WählerInnen sehen in ihr primär eine Vertreterin von Gruppeninteressen. Entscheidend für die Stimmabgabe zu Gunsten der SVP sind gemäss der GfS-WählerInnenbefragung die Personen und – mehr als bei anderen Parteien – die „Positionen zu aktuellen politischen Problemen“. Bei den WählerInnen der FDP und der CVP spielen die Personen, welche die Partei zur Wahl aufstellt, eine grössere Rolle für den Wahlentscheid als parteiprogrammatische oder sachpolitische Überzeugungen. Bei den SP-WählerInnen sind alle drei Faktoren ähnlich wichtig.

Diese Auflösung historischer Bindungen zeigt sich deutlich an der Einebnung des Stadt-Land-Gegensatzes in der WählerInnenbasis aller Parteien sowie am Vormarsch der noch in den 80er Jahren streng protestantischen SVP in den katholischen Stammlanden der CVP. Die SVP hat bei den letzten Wahlen 26 Prozent der Katholiken überzeugt – praktisch gleich viel wie die CVP! Damit hat sich die These bestätigt, dass „erstmal in der Schweizer Geschichte die beiden Hauptstränge des eidgenössischen Nationalkonservatismus, der protestantische und der katholische, unter einem gemeinsamen organisatorischen Dach vereinigt“¹¹ sind.

Hat die SVP auf der anderen Seite auch die Nachfolge der SP als stärkster „Arbeiterpartei“ angetreten? Der Vormarsch der SVP in ehemals sozialdemokratischen Hochburgen im proletarisch-kleinbürgerlichen Agglomerationsgürtel um Zürich war bereits vor zehn Jahren unübersehbar geworden. Dennoch lässt sich diese Frage auf der Basis der vorliegenden Daten auch heute noch nicht abschliessend beantworten.

Die Wahlnachbefragungen belegen immerhin, dass die SVP bei den mittleren und insbesondere bei den tiefsten Einkommen überdurchschnittlich zulegt. In der Kategorie „Haushaltseinkommen bis 3000 Franken“, wo sie 1999 bereits zur stärksten Partei geworden war (Anstieg von 12 auf 26 Prozent), erreichte sie bei den letzten Wahlen 37 Prozent der Wählenden. Bei den Haushaltseinkommen zwischen 3000 und 5000 Franken legte sie 2003 von 18 auf 26 Prozent zu, bei der nächsthöheren Kategorie „5000-7000 Franken“ von 22 auf 28 Prozent. Bei noch höheren Einkommen erreichte die SVP lediglich Werte um 20 Prozent. Sozioprofessionell betrachtet ist die SVP inzwischen die dominante Partei bei den Selbständigen (43 Prozent) und bei den mittleren Angestellten und kleinen Kadern in der Privatwirtschaft (36 Prozent). Relativ schwach ist sie dagegen bei Gutgebildeten (19 Prozent), bei Angestellten des öffentlichen Dienstes (19

Prozent) und vor allem bei den höheren Kadern in der Privatwirtschaft (13 Prozent).

Ein in vielen Aspekten spiegelbildliches sozioprofessionelles Profil weist die SP auf. Sie erlitt seit Mitte der 90er Jahre bei Menschen, die in Haushalten mit einem Einkommen von bis zu 3000 Franken leben, einen Einbruch von 19 auf 12 Prozent; damit ist sie in dieser Kategorie, zu der RentnerInnen, aber auch Arbeitslose, SozialhilfeempfängerInnen, TeilzeiterInnen und ArbeitnehmerInnen aus Niedriglohnbranchen zählen, nur noch viertstärkste Kraft. In der breiten „Mittelschicht“ der Einkommen zwischen 3000 und 9000 Franken konnte sich die SP mit Werten um 25 Prozent knapp halten. Einen spektakulären Zuwachs verzeichnet sie hingegen bei den Spitzenverdiener-Haushalten über 9000 Franken (von 18 auf 31 Prozent). Besser schneidet sie nur noch bei den Angestellten des öffentlichen Dienstes ab (wo sie allerdings von 42 auf 34 Prozent zurückfällt) und bei den Konfessionslosen (40 Prozent). Relativ tiefe Werte erreicht die SP hingegen bei den WählerInnen mit niedrigem Schulabschluss (18 Prozent) und bei den Selbständigen (wo sie immerhin auf 19 Prozent zulegt).

Es wäre sicher überspitzt, die SP aufgrund dieser Daten als Partei der Gutsituierten einzustufen. Dennoch ist die Asymmetrie zwischen SVP und SP augenfällig: Während beide Parteien in einem breiten mittleren Einkommensbereich fast gleich stark sind und dort zusammen weit über die Hälfte der Stimmenden erreichen, liegt die SP in der höchsten Einkommenskategorie weit voraus, die SVP hingegen in der untersten. Die SP hat doppelt so viele privatwirtschaftliche Kader unter ihren WählerInnen wie die SVP. Dafür ist diese für Beschäftigte auf einer tieferen und mittleren Hierarchieebene weit attraktiver als die SP. Und gleichfalls spiegelbildlich ist die Anziehungskraft, wenn wir das Bildungsniveau betrachten. Die SP (und ähnlich die FDP) schneidet um so besser ab, je höher das formale Bildungsniveau der WählerInnen ist, bei der SVP (und analog bei der CVP) können wir eine umgekehrte Beziehung feststellen.

Während sich also die soziokulturellen und räumlichen Bindungen auflösen und damit traditionelle Gegensätze und Gruppeninteressen ihre Konturen verlieren, kann auf der sozioprofessionellen Ebene tatsächlich von einer Neugruppierung, wenn nicht sogar von einer neuen „Polarisierung“ gesprochen werden. Auf der einen Seite steht die SVP, welche neben einer gewerblich-unternehmerisch geprägten Mittelschicht vor allem kleine und mittlere Angestellte und auffällig viele Menschen mit geringen Einkommen – Angehörige sozioökonomischer Randgruppen – anspricht. Auf der anderen Seite die SP, welche die gutgebildeten und gutverdienenden professionellen Mittelschichten vertritt: Höhere Angestellte, Angestellte des öffentlichen Dienstes, „Kopfarbeiter“ im weitesten Sinn. Dazwischen werden die FDP und die CVP, welche bei den letzten Wahlen praktisch in allen Gruppen Terrain verloren, immer konturloser. Die FDP ist erstaunlich schwach bei den Selbständigen (sie erreicht dort lediglich 15 Prozent), bleibt aber immerhin die Partei der höheren privatwirtschaftlichen Kader (40 Prozent) und – hinter der SP – der SpitzenverdienerInnen (25 Prozent). Die CVP hat nicht

nur inhaltlich, sondern auch sozioprofessionell ein unklares Profil: Am ehesten kann sie noch als Partei der RentnerInnen charakterisiert werden, erreicht sie doch als einzige der Bundesratsparteien bei den Nicht-Erwerbstätigen einen höheren Stimmenanteil als bei den Erwerbstätigen.

Aufstieg der nationalkonservativen Kräfte in der Schweiz

Die jüngsten SVP-Wahlerfolge und die Wahl Christoph Blochers in den Bundesrat sind lediglich vorläufige Höhepunkte eines nun schon fast drei Jahrzehnte dauernden Aufstiegs der nationalkonservativen Rechten. Ihr Aufstieg begann Mitte der 70er Jahre mit der Formulierung eines Parteiaufbauprojekts in der Zürcher SVP, das traditionalistisch-konservative, neoliberale und nationalistische Elemente verband.¹² In den 80er Jahren gewann dieses Projekt an Dynamik und setzte sich innerhalb der SVP durch. Gleichzeitig formierten sich die nationalkonservativen Kräfte in verschiedenen Organisationen mit Bewegungskarakter (Autopartei, AUNS). Anfang der 90er Jahre kam es nach den Umwälzungen in Osteuropa und anlässlich der Debatten über einen EWR-Beitritt der Schweiz zum offenen Bruch innerhalb des bürgerlichen Machtblocks. Die SVP trat unter Blocher den Marsch in die Opposition an. Der Aufschwung der Nationalkonservativen setzte sich nun innerhalb und mit der SVP fort – auf Kosten aller übrigen rechten und bürgerlichen Kräfte. Die SVP machte die rechten Protestparteien überflüssig, etablierte sich als konservative Alternative in den katholischen Stammlanden der CVP und machte der FDP den Status als privilegierte Partnerin der Wirtschaftsinteressen streitig (vgl. unten). Sie setzt derzeit ihren Vormarsch in der Romandie fort.

Erfolgsbedingungen und Dynamik dieser Bewegung wurden bereits an anderer Stelle analysiert.¹³ Erklärungsbedürftig bleibt aber, warum die freisinnig-liberale Hegemonie, welche die Schweiz seit der Gründung des Bundesstaates bis zum Ende des kalten Krieges wesentlich geprägt hat, zusammengebrochen ist. Immerhin hatten die freisinnigen Eliten zuvor den Dissens der katholisch-konservativen, der sozialdemokratisch-proletarischen und der neuen sozialen Bewegungen erfolgreich entschärft oder abgewehrt. Zudem war die FDP Ende der siebziger Jahre – während die Zürcher SVP gerade mal damit begann, ihr Image als rückständige Bauern- und Gewerbler-Partei abzustreifen – unter der Parole „Mehr Freiheit, weniger Staat“ mit Forderungen angetreten, die wichtige Elemente des nationalkonservativen Programms vorwegnahmen. Warum gelang es ihr dennoch nicht mehr, den nationalkonservativen Dissens zu integrieren?

Historischer Exkurs: Entstehung und Niedergang der freisinnigen Hegemonie

Die Entstehung des schweizerischen Bundesstaates im 19. Jahrhundert ist eng mit der Freisinnigen Bewegung verknüpft. Diese vereinigte damals – ausser in den katholisch-konservativ geprägten Sonderbundskantonen – die

gesellschaftlichen Eliten und sozialen Kräfte in einer heterogenen politischen Grossfamilie. Die Zunahme der sozialen Konflikte im Laufe der Industrialisierung und die Versuche, diese auf gesetzlicher Ebene zu regulieren, veranlassten die Unternehmer und Kaufleute, sich zu regionalen Interessenverbänden zusammenzuschliessen.¹⁴ Die Auseinandersetzungen um die Schaffung und Ausgestaltung des Eidgenössischen Fabrikgesetzes führten 1870 schliesslich zur Gründung des Schweizerischen Handels- und Industrievereins (Vorort). Der Vorort strebte eine Synthese der Interessen der verschiedenen Fraktionen der Unternehmerschaft an. Sein Ziel war das gemeinsame Klasseninteresse, oder, wie es im Zweckartikel hiess: „die Wahrung der wirtschaftlichen Gesamtinteressen von Handel und Industrie“ auf den „Gebieten der Wirtschafts-, Finanz- und Zollpolitik und der hierauf ruhenden Praxis der zuständigen Behörden.“

Der Aufschwung und die organisatorische Festigung der Arbeiterbewegung führten in der Folge – im Zeichen des Klassenkampfes – zu einer weiteren Konsolidierung der Arbeitgeberorganisationen. Eine grosse Streikwelle kurz vor der Jahrhundertwende trug zur Stärkung der nationalen Branchenverbände der Arbeitgeber wesentlich bei. Insbesondere der Schweizerische Baumeisterverband und der Arbeitgeberverband der Maschinenindustriellen wurden zu Vorreitern der Streikabwehr. Nachdem der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB, gegründet 1880) sich zum effektiven Gewerkschaftsdachverband entwickelt hatte, schlossen sich 1908 auch die Unternehmer auf nationaler Ebene zu einem Dachverband, dem Zentralverband schweizerischer Arbeitgeber-Organisationen, zusammen. Sie reagierten damit auf eine neuerliche Streikwelle ab 1905. Hauptzweck des Arbeitgeberverbandes war von Anfang an der Kampf gegen streikende Arbeiter und der Schutz der „Arbeitswilligen“.¹⁵ 1912 schlossen sich auch noch die Banken zur Schweizerischen Bankiervereinigung zusammen, um für die Interessen des Finanzplatzes in der Politik zu lobbyieren.

Der 1879 gegründete Schweizerische Gewerbeverein (SGV) stand als Vertreter von Handwerk, Kleinindustrie und Kleinhandel bis zur Jahrhundertwende stärker in Opposition zu Industrie und Grosshandel als zur organisierten Arbeiterschaft. Er verlangte den „Schutz der nationalen Arbeit“ und durch Schutzzölle gesicherte Preise als Voraussetzung für gerechte Löhne. Auch die Agrarbewegung setzte gegen Ende des 19. Jahrhunderts auf staatliche Massnahmen, um die Strukturkrise der Landwirtschaft abzufedern (Schutzzölle, Zinskontrolle, Schuldenerlass). Erst die Gründung des Schweizerischen Bauernverbandes SBV (1897) und die Wahl von Ernst Laur zum Verbandssekretär (1898) machten den Weg frei zur bürgerlich-bäuerlichen Allianz. Dem 1906 ausgehandelten Zolltarifkompromiss zwischen Bauernschaft und Export- sowie Textilindustrie musste sich auch der Gewerbeverein anschliessen.¹⁶ Seither bestand in der schweizerischen Innenpolitik ein tiefer klassenkämpferischer Graben zwischen dem zollpolitischen „Dreibund“ auf der einen und der Arbeiterschaft auf der anderen Seite. Der SBV forcierte den Zweikampf zwischen Bauern und Arbeitern und entwickelte sich zu einem äusserst mobilisierungsfähigen und in den

bürgerlichen Parteien gut abgestützten Kampfverband. Die Frage der Streikabwehr radikalisierte nach der Jahrhundertwende auch den Gewerbeverband, der sich nun als besonders eifriger Garant von „Ruhe und Ordnung“ in Arbeitskonflikten hervortat.¹⁷

Dabei ideologisierten, ja mythologisierten die Verbände den von ihnen beanspruchten Begriff des „Mittelstandes“, der ursprünglich die doppelte Frontstellung gegenüber Unternehmerschaft und Arbeiterbewegung artikuliert hatte. Sie überhöhten den bäuerlich-gewerblichen „Mittelstand“ zum Wesenskern der nationalen Identität und etablierten ihn als Bollwerk gegen den angeblichen inneren Feind, die „unschweizerische“ Arbeiterschaft. „Ohne Bauernschaft ist die Eidgenossenschaft dem Untergang geweiht“, verkündete Ernst Laur 1913.¹⁸

Die freisinnige Pyramide der Macht

Am Vorabend des ersten Weltkriegs hatten sich also die wichtigen Kapitalfraktionen auf nationaler Ebene organisiert. Mit starken nationalen Branchenverbänden und kämpferischen Dachorganisationen in den Sektoren hatten sie sich für die Arbeitskämpfe gerüstet. Und zusammen mit dem Vorort gelang es ihnen auch regelmässig, die gemeinsamen „Wirtschaftsinteressen“ in Politik und Verwaltung geltend zu machen. Der relativ selbstständig bleibende Bauernverband bildete die vierte Basislinie dieses „organisierten Machtklumpens“ (Hans Tschäni). Zwischen diesen Gruppen bestanden vielfältige Verbindungslinien. Sie verdichteten sich, begünstigt durch die Reform der Milizarmee (nach 1907) und die damit verbundene Aufwertung des Offizierskorps sowie durch die zunehmende Integration wirtschaftlichen Führungspersonals über Branchen- und Sektorgrenzen hinweg in den Verwaltungsräten grosser Industrie- und Dienstleistungsfirmen, zu einem engen Geflecht: dem Filz.

Der Filz durchdrang die freisinnige Bewegung, welche sich 1894 mit der Gründung der FDP als nationale Partei konstituiert hatte.¹⁹ Der Filz ermöglichte den Schutz und Ausgleich der Interessen der starken Exportindustrie, der kartellisierten und abgeschotteten Binnenwirtschaft, der stark subventionierten Bauernschaft sowie der auf exklusive Sicherheiten und Vorrechte pochenden Banken und Versicherungen. Mit dem Vollmachtenregime während der beiden Weltkriege und mit den Massnahmen gegen die grosse Depression der Dreissiger Jahre wurden die Verbände vermehrt in die staatliche Vollzugspolitik eingebunden. Dieses System, bei dem private Interessenorganisationen an der Erfüllung öffentlicher Aufgaben mitwirken, erhielt 1947 mit der Annahme des Wirtschaftsartikels Verfassungsrang. Die „zuständigen Organisationen der Wirtschaft“, so die Formulierung in der Bundesverfassung, erhielten damit das Recht, über das „Vernehmlassungsverfahren“ noch vor der parlamentarischen Beratung auf den Gesetzgebungsprozess Einfluss zu nehmen. Dieser semi-institutionelle Filz bildete die gesellschaftliche und organisatorische Grundlage, die Klassen- und Machtbasis, auf die sich die regierenden und verwaltenden Eliten und der Staatsapparat in den politischen Auseinandersetzungen mit der Arbei-

terbewegung stützen konnten. Die freisinnige „Pyramide der Macht“ überdauerte zwei Weltkriege und alle wirtschaftlichen und sozialen Umwälzungen des „kurzen 20. Jahrhunderts“ (Hobsbawm).

Die FDP nahm in dieser Machtpyramide eine Sonderposition ein. Sie war mehr als nur „politischer Überbau“ – eher ein organischer Knotenpunkt, der wichtige ökonomische Interessen, nationales Bewusstsein, klassenübergreifende gesellschaftliche Organisation und politische Machtausübung verband. Sie stellte das Personal für die staatlichen Organe und das Gros des Offizierskorps, war eng mit den Wirtschaftsverbänden verbunden und als gesamtschweizerisch verwurzelte Volkspartei bis in die kleinsten Gemeinden und in breiten Bevölkerungsschichten verankert (Bauern, Gewerbe, lokale Intelligenz und Staatspersonal, mittlere und höhere Angestellte, Unternehmer).

Die FDP war zwar die ideologisch dominante Staatsgründerpartei, aber doch nicht eine „Staatspartei“. Sie profitierte daher nur bedingt vom Ausbau staatlicher Aktivitäten im 20. Jahrhundert. Die Ausdifferenzierung der gesellschaftlichen Gruppeninteressen im Zuge kultureller und sozioprofessioneller Modernisierung führte vielmehr zur allmählichen Ausdünnung ihrer Massenbasis. Die separate Organisation der protestantisch-bäuerlich-gewerblichen Kräfte in der Bauern-, Gewerbe und Bürgerpartei,²⁰ das quantitative Wachstum der Arbeiterbewegung, die steigende Attraktivität der Sozialdemokratie für die „Neue Klasse“ der technisch-administrativen und soziokulturellen Bildungselite sowie die wachsende Dissidenz dieser neuen Mittelschicht, welche sich unter anderem in den neuen sozialen Protestbewegungen artikulierte – alle diese fundamentalen Herausforderungen konnte der Freisinn vorerst bewältigen, weil sein System der Hegemonie von Anfang an über die freisinnigen Parteigrenzen hinausgriff. Die parteiübergreifende bürgerliche Zusammenarbeit und wirtschaftliche Interessenpolitik gegen die organisierte Arbeiterbewegung fand in einer spezifischen Form der politischen Machtausübung ihren adäquaten Ausdruck: in der Konkordanz.

Krise und Zerfall der freisinnigen Hegemonie

Der Einbezug der katholisch-konservativen Kräfte (im Bundesrat seit 1894) und der protestantisch-konservativen Kräfte (seit 1930) sowie – nach der Verpflichtung auf den Arbeitsfrieden – der Arbeitervertreter und der neuen professionellen Mittelschichten (seit 1943) in die politischen Entscheidungsprozesse gipfelte 1958 in der „Zauberformel“. Diese integrative Form der politischen Steuerung verdeckte zu Beginn der 70er Jahre vorerst, dass die freisinnige „Pyramide der Macht“ mit der wirtschaftlichen Rezession zunehmenden Spannungen und Widersprüchen ausgesetzt war. Das allmähliche Ende des fordistischen Akkumulationsmodells mit seinen geschützten Märkten und hohen Wachstumsraten erschwerte nämlich nicht nur den Ausgleich zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberinteressen; der Übergang zum „Regime der flexiblen Akkumulation“ unter neoliberalen Vorzeichen erschütterte auch die Integration der verschiedenen Kapitalfraktionen.²¹

Die Exportindustrie, deren Produktionsbasis im zweiten Weltkrieg verschont geblieben war, und die jahrzehntelang vom globalen Wirtschaftswachstum profitiert hatte, geriet unter massiven internationalen Konkurrenzdruck. Je mehr die Unternehmen zu „Global Players“ wurden, desto mehr verloren sie die Verankerung in der schweizerischen Volkswirtschaft, und so sank auch ihre Bereitschaft, die binnenwirtschaftlichen Kartelle mitzufinanzieren. Auch die Banken verloren mit der Liberalisierung der Finanzmärkte einen Teil ihres Standortvorteils und gaben den verstärkten Konkurrenzdruck in Form einer restriktiveren Kreditpolitik an die Binnenwirtschaft weiter. Neue Formen der Mehrwertabschöpfung über den Finanzmarkt erhöhten die Renditeerwartungen an die lokale Wirtschaft zusätzlich (Shareholder value).

Als in den achtziger Jahren die lange völlig unterschätzte Thematik der europäischen Wirtschaftsintegration die Öffnung bisher geschützter Märkte auf die Tagesordnung setzte, befanden sich wichtige Branchen der Binnenwirtschaft (insbesondere Bau und Gewerbe) und die Landwirtschaft bereits in einer latenten Strukturkrise. Sie widersetzten sich der Marktöffnungs- und Integrationsstrategie der Exportindustrie und eines Teils der Banken. In der SVP, die sich zu dieser Zeit mit Blocher im nationalkonservativen Aufbruch befand, fanden diese Kräfte den Partner, der ihrem Projekt einen ideologischen Rahmen, eine politische Massenbasis und institutionelle Respektabilität gab.

Diese wirtschaftspolitische Spaltung trug zur Ablehnung des EWR-Beitritts der Schweiz in der Volksabstimmung im Jahre 1992 entscheidend bei. Mehr noch: Der Bruch des zollpolitischen Dreibundes von 1906 brachte die freisinnige Hegemonie zum Einsturz. In der Folge funktionierte die Abstimmung unter den geschwächten und innerlich gespaltenen wirtschaftlichen Interessenverbänden nicht mehr. Sie verloren an Gewicht (Vorort, Wirtschaftsförderung), wurden durch innere Orientierungskämpfe blockiert (Gewerbeverband, Arbeitgeberverband, einzelne Branchenverbände) oder zogen sich auf die Verfolgung ihrer Brancheninteressen zurück (Baumeisterverband, Bankiervereingung). Die Gründe für die ideologische Polarisierung innerhalb des Bürgerblockes, für die Aushöhlung des Konkordanzsystems und schliesslich für das Ende der „Zauberformel“ bei der Wahl der neuen Landesregierung am 10. Dezember 2003 sind in diesen Verwerfungen an der Basis der „Pyramide der Macht“ zu suchen.

Revitalisierung des „Mittelstandes“: eine neue nationalkonservative Hegemonie?

Der elektorale Aufstieg der SVP seit Beginn der neunziger Jahre resultiert aus der Tatsache, dass diese als erste – und bisher einzige – Partei mit einem kohärenten, klassenübergreifenden Parteaufbauprojekt auf die wirtschaftlichen Umwälzungen und die damit zusammenhängende Krise der freisinnigen Hegemonie reagierte. Es ist in diesem Zusammenhang interessant, dass Christoph Blocher bei der Reorientierung der SVP in den siebziger

Jahren explizit an die bäuerlich-gewerbliche Mittelstandsideologie aus der Zeit des ersten Weltkrieges anknüpfte und dabei die doppelte Frontstellung gegenüber „sozialistischer Verstaatlichung“ und „ungehemmtem Laissez-faire des Liberalismus“ unter nationalen Vorzeichen wieder aufleben liess.²² Blocher bezeichnete den bäuerlich-gewerblichen Mittelstand, dem sich „weiteres mittelständisch denkendes Volk“ angeschlossen habe, als „entscheidende Stütze der Staatsordnung überhaupt“ und als Bollwerk gegen „die linksextreme Flut“. Die BGB-Flugblätter aus dem Wahlkampfjahr 1979 könnten, so Blocher, noch 60 Jahre später „fast unverändert“ verwendet werden.

Dieser ständisch-national definierte „Mittelstand“, der „arbeitssame, sittlich starke“ Kern des Volkes, bildet seither den roten Faden des national-konservativen Aufbauprojektes. Er ersetzt und zersetzt einerseits den „standortlosen“ (Blocher) Mitte-Begriff der CVP und der FDP, der unter intakten Konkordanz-Bedingungen den erfolgreichen Ausgleich der Gruppeninteressen verkörperte. Und er steht andererseits im Gegensatz zur „Neuen Mittelklasse“, d.h. zu den als parasitär, bürokratisch, intellektuell-abgehoben und „unschweizerisch“ kritisierten neuen professionellen Mittelschichten, die am ehesten bei der SP ihre politische Heimat finden.

Der Erfolg der SVP hat das freisinnig geprägte Konkordanzsystem nachhaltig gesprengt. Ihr gelang es, über den konservativen Kern der schweizerischen Landbevölkerung hinaus unterprivilegierte Schichten der (stimmberechtigten) Agglomerations- und Stadtbevölkerung sowie eine junge, konformistisch-aufstiegsorientierte Ellbogen-Generation anzuziehen. Über ihre diversen Satellitenorganisationen (AUNS, Bund der Steuerzahler etc.) integriert und mobilisiert sie auch Teile der kleinbürgerlichen, von Abstiegsängsten geprägten und randständigen Bevölkerungsgruppen. Und neuerdings mehren sich die Zeichen, dass die SVP zum politischen Referenzpartner für die sich neu formierenden wirtschaftlichen Interessenverbände wird: „In den Bundesratswahlen wurde sichtbar ein neuer Block der rechten politischen Mächte gebildet. Dahinter steht – weniger sichtbar – eine Neuformierung der wirtschaftlichen Mächte in der Schweiz.“²³

Tatsächlich haben sich einige Gegensätze unter den wichtigen Kapitalfraktionen inzwischen wieder abgeschwächt. Die Binnenwirtschaft ist gestärkt aus der Krise hervorgegangen. Da die EU-Frage auf absehbare Zeit blockiert zu sein scheint, zeigt sie sich offen für bilaterale Liberalisierungsstrategien. Die Landwirtschaft wird weiter subventioniert und nur sanft auf eine Nischenstrategie umorientiert. Die Exportindustrie setzt auf den wirtschaftlichen Alleingang der Schweiz und versucht im globalen Wettbewerb ihre Standortbedingungen in der Schweiz zu verbessern. Die Banken haben feststellen müssen, dass sie für ihre Politik zugunsten deregulierter Finanzplätze dringend auf die Unterstützung der anderen Wirtschaftskräfte und der Behörden angewiesen sind. Zusammen wollen diese Kräfte wieder mehr politischen Einfluss ausüben, insbesondere in der Finanz- und Steuerpolitik, bei der sozialen Umverteilung und bei der weiteren Deregulierung des Arbeitsmarktes.

Mit der aus der Fusion von Vorort und Wirtschaftsförderung hervorgegangenen Economiesuisse ist ein neuer Akteur entstanden, in dessen Vorstand und Ausschuss alle wichtigen Wirtschaftsinteressen vertreten sind. Diese verfügen nun über ein Entscheidungszentrum und eine Kampagnenorganisation sowie über bedeutende finanzielle Ressourcen zur Konzeption (Think-Tank „Avenir Suisse“) und Durchsetzung einer neoliberalen Wirtschaftspolitik. Daneben besinnen sich der Arbeitgeberverband und einige Branchenverbände wieder auf ihre Anfänge und profilieren sich als Kampforganisation der Unternehmer gegen die Gewerkschaften und streikende ArbeitnehmerInnen. Spätestens seit dem erfolgreichen Streik für die Durchsetzung der Frühpensionierung der Bauarbeiter vom November 2002 haben sie sich auf die kämpferische Gewerkschaft Bau und Industrie (GBI) eingeschossen. Einzelne Branchenverbände orientieren sich immer deutlicher am SVP-Gedankengut und lehnen eine Verständigung mit den Gewerkschaften selbst dort ab, wo diese im gemeinsamen Brancheninteresse liegen würde.

Die Erwartungen der Wirtschaft an die SVP und an die neue Rechtsregierung sind immens. Die enthusiastische Reaktion der Wirtschaftsverbände auf die Wahl der rechten Vertreter in den Bundesrat spricht Bände. Stellvertretend dafür sei Economiesuisse-Direktor Rudolf Ramsauer genannt, der von der neuen Regierung nichts weniger als die Lösung aller „schwierigen wirtschafts- und sozialpolitischen Probleme“ erwartet, und der „einen starken Bundesrat, dem es gelingt, Vertrauen zu schaffen, indem er die Führung wahrnimmt und die Probleme anpackt“, als besten Garanten für die soziale Stabilität sieht.

Die Grenzen des nationalkonservativen Projekts

Ob die SVP diese Erwartungen erfüllen kann, ist offen. Das nationalkonservative Projekt ist – darauf wird zu Recht immer wieder hingewiesen – voller Widersprüche. Es ist in der Tat schwer vorstellbar, wie die SVP auf lange Sicht den Ausgleich zwischen den unterschiedlichen Interessengruppen organisieren will, die sich inzwischen von ihr eine bessere Zukunft erhoffen: Steuergeschenke für die Wohlhabenden, sichere Renten für die Alten, Schutz fürs Gewerbe, radikale Deregulierung und Steuerabbau für die Unternehmen, mehr Subventionen für die Landwirtschaft – wie soll das alles zusammengehen? Kann die SVP tatsächlich ihre Machtposition in den Institutionen weiter ausbauen und gleichzeitig die unvermeidlichen sozialen Interessengegensätze in den eigenen Reihen mit einem forciert-nationalistischen Diskurs überspielen?

Dies ist nicht auszuschliessen. Rechtspopulismus und Machterhalt können auch im politischen System der Schweiz koexistieren. In Bayern hat eine nationalkonservative Volkspartei mit ähnlichen Positionen vor Jahrzehnten eine hegemoniale Position erobert und bis heute verteidigt. Die SVP kann versuchen, ihr Programm zu radikalisieren, um den populistischen Druck auch mit einem Bundesrat Blocher aufrechtzuerhalten. Die entsprechenden Ideen werden bereits in Zirkulation gebracht; sie reichen

von der Abschaffung der Steuerprogression bis zur schärferen Bekämpfung der „Missbräuche“ im Asylwesen und bei den Sozialversicherungen. SVP-Präsident Ueli Maurer hat das Jahr 2004 zum „Jahr der Entscheidung“ ausgerufen und eine zusätzliche „Polarisierung in den Sachgeschäften unter dem Motto ‘bürgerlich oder links’“ angekündigt.²⁴

Es gibt keinen Grund anzunehmen, dass die SVP von sich aus einen „Plafond“ erreichen oder an ihren eigenen Widersprüchen scheitern werde. Ihr Spielraum wird davon abhängen, ob es anderen gelingt, die Widersprüche offenzulegen und zuzuspitzen. Das könnte dann der Fall sein, wenn eine andere gesellschaftliche Kraft ein alternatives Projekt überzeugender verfolgt als die SVP das ihre. Bei den bürgerlichen „Mitte-Parteien“ sind die Voraussetzungen dafür zur Zeit nicht gegeben. Die FDP könnte sich als ordo-liberaler Juniorpartner der SVP stabilisieren.²⁵ Für die CVP kommt als letzte „Rückzugslinie“ ein Netz partikularistischer, lokaler Seilschaften oder das Modell einer kleinen katholisch-konservativen Milieu-Partei (analog zur EVP) in Frage.

Bleibt die Linke. Sie muss erkennen, dass und warum sich die sozialen Unterschichten von ihr abwenden – und sie muss diese Tendenz wieder umkehren, indem sie die Perspektive der erwerbstätigen Unterschichten politisch glaubwürdig artikuliert. Das wird ihr nur gelingen, wenn sie sich systematisch der sozialen Frage stellt und auch in einer Reihe wichtiger Kantone (wie etwa Zürich) wieder enger mit den Gewerkschaften kooperiert.

Den Vormarsch der Rechten zu stoppen, bevor sich eine stabiles System der nationalkonservativen Hegemonie etabliert – dies ist die wichtigste und dringendste strategische Aufgabe, vor der die organisierte Linke in der Schweiz steht.²⁶ Dieses Ziel ist erreichbar. Die Abstimmungen vom 16. Mai 2004 haben es gezeigt; die Versuche des neoliberalen Umbaus sind gescheitert. Anlass zur Hoffnung geben auch verschiedene Entwicklungen: die Reorganisation der Gewerkschaftsbewegung und insbesondere die Gründung der UNIA²⁷, ihre wachsende Konfliktfähigkeit und ihre neue Bereitschaft zur politischen Intervention; die Manifestation neuer sozialer Bewegungskerne (z.B. Antikriegsmobilisierungen, Frauenproteste gegen die Bundesratswahlen); die Artikulation eines linken Flügels in der SPS, der die Bedeutung der Klassenfrage anerkennt und sich der nationalkonservativen Herausforderung stellen will²⁸; sowie die bemerkenswerte Sensibilität der wiedererstarkten Grünen Partei für die soziale Frage.

Noch hat die neue Rechte nicht die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich.²⁹ Aber die Zeit läuft der Linken davon. Es braucht jetzt und auf Jahre hinaus dringend eine gemeinsame Anstrengung der linken Kräfte, um die vorhandenen politikfähigen Ansätze zu einem kohärenten Projekt für eine solidarische Schweiz zusammenzuführen.

* Dieser Beitrag ist die überarbeitete Version eines internen Diskussionspapiers des Autors in der Gewerkschaft Bau und Industrie vom 25.11.03. Er stützt sich stellenweise auf ein nicht-publiziertes Papier von Andreas Rieger: „Die Reorganisation der Wirtschaftsmächte und ihre politische Interessenwahrnehmung“ (2000/2003).

Anmerkungen

- 1 NZZ vom 7.3.04.
- 2 Am 8. Februar wurden die Avanti- und die Mietrechtsvorlage deutlich abgelehnt; die Linke (und die SVP) legte bei den kantonalen Wahlen in St. Gallen, Schwyz, Thurgau zu sowie bei den Gemeindewahlen in Baselland.
- 3 Tages-Anzeiger, 16.03.04.
- 4 So Claude Longchamp, Leiter des GfS-Forschungsinstituts, und Hans Hirter, Politikwissenschaftler an der Uni Bern, im St. Galler Tagblatt vom 16.03.04. Vgl. dazu auch das Interview mit Claude Longchamp im Tages-Anzeiger vom 16.4.04, in dem er zwei Alternativ-Szenarien skizziert.
- 5 „Umgruppierung der WählerInnen-Landschaft. Bericht zur SRG-SSR Wahlnachbefragung 99“, erstellt durch das GfS-Forschungsinstitut und „Folgen der Polarisierung – Medienbericht zur Nachanalyse der Wahlen 03“, erstellt durch das GfS-Forschungsinstitut.
- 6 1999 machten diese WechselwählerInnen ca. drei Viertel der SVP-Gewinne aus; einen weiteren Viertel holte die SVP bei den NeuwählerInnen. Dieser Trend setzte sich 2003 fort, als die SVP wieder mehr WechselwählerInnen anzog als FDP, CVP und SP zusammen.
- 7 Dementsprechend hat die SVP das rechte Wählerpotential mit einem Anteil von 53 Prozent noch nicht ausgeschöpft. Zum Vergleich: Die SP erreicht 60 Prozent der linken WählerInnen.
- 8 Im schweizerischen System der halbdirekten Demokratie spielt es eine untergeordnete Rolle, ob eine Partei dabei tatsächlich an der nationalen Regierung beteiligt ist oder nicht. Aus diesem Grund konnte die SVP von einer linientreuen Regierungspartei zu einer (latent) oppositionellen Protestpartei mutieren und dabei dennoch ihren Platz im Bundesrat festigen.
- 9 „Mitte-links hat in der Schweiz keine Basis.“ Zusammenfassung einer Studie der Soziologen Andreas Ladner und Urs Meuli im Tages-Anzeiger vom 27.11.03.
- 10 Lang, Josef, 2000: Blocher, SVP und der Nationalkonservatismus. In: Widerspruch Heft 39, Zürich.
- 11 Josef Lang, a.a.O.
- 12 Dies wird detailliert geschildert in: Hans Hartmann / Franz Horvath, 1995: Zivilgesellschaft von rechts. Die unheimliche Erfolgsstory der Zürcher SVP. Zürich.
- 13 Vergleiche dazu Hartmann / Horvath (1995), Lang (2000) sowie Hans Hartmann & Andreas Gross (Hg.), 1995: Heile Welt Schweiz. Die nationalkonservative Bewegung in der Diskussion. Zürich.
- 14 Dazu: Wullschleger, Ruedi, 1996: Spitzenverbände der Wirtschaft in der Schweiz. 2. Aufl. Bern. Sowie: Gruner, Erich (Hg.), 1988: Arbeiterschaft und Wirtschaft in der Schweiz, 1880-1914. Zürich.
- 15 Gruner 1988, Bd. 2/2, S. 819.
- 16 Ausgehandelt 1906 zwischen Laur, Vorort-Sekretär A. Frey, dem „ungekrönten König“ des Freisinns, und Nationalrat Künzli als Vertreter der Schutzzoll- und Exportinteressen der Textilbarone (Gruner 1988, Bd. 2/2., S. 1396).
- 17 Der SGV näherte sich in der Zwischenkriegszeit mit ständestaatlichen Forderungen teilweise der frontistischen Ideologie an.
- 18 Vgl. Gruner 1988, Bd. 2/2, S. 1408. Laur landete in den dreissiger Jahren im Lager des Nationalsozialismus: „Man kann auch auf dem Boden des Faschismus gute Bauernpolitik treiben. Die Erhaltung des Bauernstandes ist schliesslich wichtiger als die Erhaltung der Demokratie.“
- 19 Nach der SPS (1888), aber vor der Konservativen Volkspartei (1912, später CVP).
- 20 Die spätere SVP hatte ab 1919 eine Fraktion im Bundesparlament und organisierte sich ab 1936 als nationale Partei.

- 21 Willi Eberle/Hans Schächli, 2002: Flexibilisierungspakt oder Sozialismus. Politische Perspektiven der Linken. In: Widerspruch Nr. 43, Linke und Macht, Zürich
- 22 So anlässlich einer Wahlveranstaltung beim Wehrmännerdenkmal auf der Forch im September 1979. Zitiert in Hartmann / Horvath (1995), S. 56f.
- 23 Andi Rieger in „work“, 19.12.03.
- 24 Maurer, Ueli, 2004: „Bürgerlich oder links? 2004 – das Jahr der Entscheidung“. Referat von Nationalrat Ueli Maurer an der Jahrespressekonferenz der SVP vom 5.1.04 in Bern.
- 25 Dafür sprechen die klare Wahl von Wirtschafts-Hardliner Rolf Schweizer zum neuen FDP-Präsidenten und der Durchmarsch der Parteirechten gegen den eigenen Bundesrat (bei der Mehrwertsteuer-Vorlage) an der Delegiertenversammlung vom 16.4.2004.
- 26 Vgl. dazu: Vasco Pedrina/Hans Hartmann, 2004. Die soziale Basis verbreitern. In Rote Revue, Nr. 1.
- 27 Zusammenschluss der Gewerkschaften GBI, SMUV, VHTL und unia zur interprofessionellen Gewerkschaft der in der privaten Wirtschaft Beschäftigten ab 1.1.2005.
- 28 Vgl. dazu die Analyse des neu gewählten SP-Vizepräsidenten: Maillard, Pierre-Yves, 2004: Quelles réponses et quelles stratégies face à l'UDC? In: Pages de gauche, Nr. 22, avril 2004.
- 29 Das Misstrauen gegenüber der Landesregierung hat im Gegenteil einen neuen Höchststand erreicht. Vgl. dazu: Keine Basis für den rechten Bundesrat. Interview mit Claude Longchamp im Tages-Anzeiger vom 16.4.2004.

Abkürzungsverzeichnis (Liste der erwähnten Parteien und Organisationen)

ASM	Arbeitgeberverband der Schweizer Maschinenindustrie
BGB	Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei
CVP	Christlichdemokratische Volkspartei der Schweiz
Economiesuisse:	Verband der Schweizer Unternehmen
EDU	Eidgenössisch-Demokratische Union
EVP	Evangelische Volkspartei der Schweiz
FDP	Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz
FPS	Freiheitspartei der Schweiz (1985-1994: Schweizer Auto-Partei, AP)
GBI	Gewerkschaft Bau und Industrie
GPS	Grüne Partei der Schweiz
SPS	Sozialdemokratische Partei der Schweiz
LdU	Landesring der Unabhängigen
LPS	Liberale Partei der Schweiz
Rep.	Schweizerische Republikanische Bewegung (1971-1989)
SD	Schweizer Demokraten (1961-1990: Nationale Aktion für Volk und Heimat, NA)
SBV	Schweizerischer Baumeisterverband
SBV	Schweizerischer Bauernverband
SBVG	Schweizerische Bankiervereinigung
SGB	Schweizerischer Gewerkschaftsbund
SGV	Schweizerischer Gewerbeverein (Heute: Schweizerischer Gewerbeverband)
SVP	Schweizerische Volkspartei
ZSAO	Zentralverband Schweizerischer Arbeitgeber-Organisationen (Heute: Schweizerischer Arbeitgeberverband)